



# Bewegung ins Bildungssystem

Fünf Argumente pro Schulen in freier Trägerschaft und pro Schulautonomie.



**EDGAR HERNEGGER** ist Druckerei-Unternehmer in Innsbruck und Bundeselternsprecher der österreichischen Waldorfschulen. Er initiierte 2011 die Bürgerinitiative [www.freieschulwahl.at](http://www.freieschulwahl.at) mit über 20.000 Unterschriften. Hernegger ist selbst ausgebildeter Waldorfpädagoge und entwickelte das Unterrichtsfach »Glück« an der Innsbrucker Waldorfschule.

Autonome Schulen lassen sich auf vielen Ebenen diskutieren. Kosten spielen dabei ebenso eine Rolle wie die Qualitätssicherung, Chancengleichheit und die Sicherstellung passender Angebote in allen Regionen. Ich möchte in diesem Beitrag fünf wesentliche Blickpunkte aufzeigen, aus denen wir die Frage der Schulautonomie betrachten können.

## **Gesetzgebung**

Artikel 14 Abs. 3 der europäischen Menschenrechtscharta garantiert das Recht der Eltern, den Unterricht ihrer Kinder entsprechend ihren eigenen religiösen, weltanschaulichen und erzieherischen Überzeugungen sicherzustellen.

Die Umsetzung dieses Menschenrechtes wird in Österreich im Privatschulgesetz von 1962, § 21, geregelt. Privatschulen mit Öffentlichkeitsrecht *kann* der Staat subventionieren, wenn dafür Budgetmittel frei sind und Bedarf besteht. Allerdings bestimmt dann Punkt 2, dass kein Bedarf besteht, wenn dadurch die Organisationshöhe einer staatlichen Schule gemindert wird.

Daraus resultiert, dass die ab etwa 1970 gegründeten Schulen in freier Trägerschaft zurzeit pro Jahr und Schüler\_in rund 820€ erhalten, als jederzeit widerrufbare Ermessenszuwendungen. Dies entspricht weniger als einem Zehntel der Kosten einer Neuen Mittelschule und führt zu monatlichen Elternbeiträgen von um die 400€.

Konfessionelle Privatschulen sind durch das Konkordat privilegiert – sie erhalten Personalkosten (etwa 80 % der Schulkosten) zur Gänze refundiert, Sachaufwendungen (20 % der Schulkosten) werden regional unterschiedlich teilweise ebenfalls vom Staat getragen. Dies führt zum weltweit einmaligen und absurden Zustand, dass eine Schule etwa der Zeugen Jehovas größtenteils staatlich finanziert werden muss, während schulgründende Eltern, die sich auf die Menschenrechte berufen, fast leer ausgehen. So gesehen ist es kein Wunder, dass der Anteil nichtkonfessioneller Privatschulen in Österreich bei unter einem Prozent liegt.

### **Innovation**

Schulen in freier Träger\_innenschaft sind lernende Organisationen, die trotz staatlicher Rahmenbedingungen große Freiheiten haben. Sie können rasch auf Probleme und neue Bedürfnisse reagieren und tragen Verantwortung für ihr Tun. Dadurch wirken sie als lebende Schulversuche, deren erfolgreiche Modelle immer wieder in das »Regelschulsystem« einfließen. Beispiele für diesen Weg sind etwa Integration, kindgerechte Leistungsbeschreibungen statt Ziffernnoten, flexible Stundeneinteilung, fächerübergreifender Unterricht und vieles mehr. Nicht alles gelingt, aber das ständige Feedback von Lehrerschaft, Eltern und Schüler\_innen hält die Schule in Bewegung und macht sie fit für ein sich immer schneller änderndes gesellschaftliches, berufliches und familiäres Umfeld.

Dass dieses Modell auch in großem Maßstab funktioniert, davon konnte sich Bildungsministerin Gabriele Heinisch-Hosek bei ihrer Bildungsreise in die Niederlande vergangenen Jänner überzeugen. Schulen in den Niederlanden genießen stark ausgeprägte Autonomie. Allerdings meinte die Ministerin, in Österreich fehle die notwendige »Vertrauenskultur« für so viel Freiheit. Ich denke allerdings, dass es auch in Österreich bereits genügend Potenzial an Eigenverantwortung an staatlichen wie nichtstaatlichen Schulen gibt, dem Vertrauen entgegengebracht werden kann.

### **Demokratie**

Wo sollen Kinder Demokratie lernen und erfahren, wenn nicht in der Schule? Die gemeinschaftliche Träger\_innenschaft autonomer Schulen bietet große Freiräume und Chancen – für die Erarbeitung von Modellen der

Interessensabwägung ebenso wie für Mitbestimmung und Mitverantwortung im Schulleben. Demokratische Willensbildung kann in der Praxis erlebt und erlernt werden. Schüler\_innen entwickeln in der Mitbestimmung ihre Fähigkeiten besser und sind durch Verantwortungsübernahme motivierter. Kompetenzen wie Kreativität, emotionale Intelligenz, Flexibilität, Teamfähigkeit werden gefördert – Eigenschaften, die in unserer postindustriellen Welt wichtiger denn je sind. Freie Schulen entlassen nicht unbedingt bequeme Abgänger\_innen, diese sind durchaus meist kritische, gefestigte Persönlichkeiten, die gesellschaftliche Prozesse aktiv und konstruktiv mitgestalten wollen. Diese Erfahrungen und Möglichkeiten würde ich mir übrigens auch für alle staatlichen Schulen wünschen, die heute noch durch eine tiefgehende Erlass- und Verordnungskultur gefesselt sind. Das Mitbestimmungsmodell an öffentlichen Schulen basiert weitgehend nach wie vor auf den Bestimmungen des Schulunterrichtsgesetzes von 1974.

### **Kosteneffizienz**

Österreichs Schulsystem gleicht einem gefesselten Riesen, der zwischen unterschiedlichsten Interessen und Zuständigkeiten eingekeilt ist. Bund, Länder, Gemeinden, Ministerium, Gewerkschaften, Eltern- und Schüler\_innenvereine – alle halten krampfhaft an ihren sich überschneidenden Zuständigkeiten fest. Reformen sind nur in kleinen Schritten, dafür aber mit übergroßen Mehrkosten möglich – siehe das Beispiel der Einführung der Neuen Mittelschule. Es ist unbestritten, dass Österreichs Schulsystem bei magerem Erfolg eines der teuersten weltweit ist. In kaum einem anderen Staat fließt ein größerer Anteil des Bildungsbudgets in die Verwaltung statt direkt in den Unterricht. Reformen gleichen Pflastern auf Pflastern, in Kombination mit unklaren Zuständigkeiten und überbordenden Regelungen ergibt dies ein kaum mehr zu überschauendes Konglomerat von Bestimmungen. Ein Bonmot eines führenden Bildungsexperten lautet, dass ein ministerieller Erlass den vier wichtigsten Beamten verbietet, gemeinsam zu reisen, weil im Falle eines Unglückes das ganze Ministerium blockiert wäre ...

Sogar Michael Landertshammer, als Leiter der bildungspolitischen Abteilung der Wirtschaftskammer ein revolutionärer Umtriebe völlig unverdächtigter Experte, plädierte im Mai 2014 in einem Presse-Interview für einen völligen Neuanfang bei der Schulverwaltung. »Die muss man zertrümmern und komplett neu aufsetzen«, so seine Aussage.

Ein vielleicht verträglicherer Weg für einen Neustart wären Reformen in Richtung mehr Schulautonomie: das Eingehen auf lokale Bedürfnisse, das Setzen individueller Schwerpunkte, flexible Unterrichtsgestaltung – all dies als erste Schritte zur Autonomie innerhalb eines staatlichen Rahmens, der Lehrpläne und Bildungsziele abgrenzt, die notwendige Finanzierung sichert und für Problemfälle und Qualitätssicherung entsprechende Ressourcen zur Verfügung stellt. Möglicherweise wäre diese Reform von unten in Richtung Schulautonomie auch ein Lösungsansatz für die Streitfrage der Gesamtschule. Immer mehr Studien dazu (zuletzt der Forschungsbericht Nr. 178 des

Instituts für Bildungsforschung der Wirtschaft (ibw), erstellt 2014 im Auftrag der Wirtschaftskammer durch Kurt Schmid) zeigen, dass die Gesamtschulfrage eher zweitrangig ist. Ausschlaggebend für erfolgreiche Schulsysteme sind vielmehr leistungsfördernde Schul-Governance-Strukturen. Deren Kernelement ist die Schulautonomie in Personalangelegenheiten und Mittelverwendung. Dazu wird im Gegensatz zum gegenwärtigen Selektionsmodus der Schwerpunkt auf die Förderung der Schüler\_innenpotenziale gelegt, auf die Leistungsheterogenität der Schüler\_innen wird durch entsprechende Unterrichtsgestaltung eingegangen.

Diesen Weg beschreiten die Schulen in freier Trägerschaft seit vielen Jahren sehr erfolgreich, trotz enger finanzieller Rahmenbedingungen. Auch für staatliche Schulen könnten sich in diese Richtung große Chancen öffnen, wenn man ihnen die dazu notwendige personelle, pädagogische und finanzielle Autonomie zugestehen würde.

### **Öffnung der Schulen**

Eines der größten Potenziale von autonomen Schulen liegt in der aktiven Schulgemeinschaft. Die gemeinsame Träger\_innenschaft und Kooperation von Lehrkörper, Eltern und Schüler\_innen führt zu einem konstruktiven, belebenden gegenseitigen Austausch, zu Verantwortungsbewusstsein für die »eigene« Schule, auch im Sinne eines lebenslangen Lernens. Monatliche Elternabende mit intensivem Austausch, gemeinsame Veranstaltungen und Öffnung nach außen ergeben einen lebendigen, lernfähigen Organismus. Eltern ergänzen mit ihren berufsspezifischen Erfahrungen den Unterricht, Schüler\_innen erfahren in den mehrmonatigen Berufspraktika wertvolle Einblicke in die Berufswelt. Internationaler Schüler\_innenaustausch erweitert das Blickfeld und bringt wertvolle Auslandserfahrung. Im besten Fall wird die Schule zur »Polis«, zum Marktplatz und Treffpunkt der Schulgemeinschaft und ihrem gesamten Umfeld mit vielfältigen Möglichkeiten der Zusammenarbeit und Vernetzung, z.B. im Sport- und Kulturbereich, in der Erwachsenenbildung oder mit Unternehmen.

Dies alles im Rahmen einer verschränkten Ganztagschule mit abwechselnden Lehr-, Lern- und Freizeitphasen, einem gesunden Mittagstisch und dem notwendigen Unterstützungspersonal: Das wäre Österreichs Weg, wieder zu einer führenden Bildungsnation zu werden, und würde uns die peinliche Diskussion ersparen, ob von Staats wegen zukünftig auch für Volksschüler\_innen gratis Nachhilfe gegeben werden muss.

### **Conclusio**

Schulautonomie ist kein Allheilmittel, es kann immer auch Fehlschläge geben. Möglicherweise müssen einzelne Schulen mangels Nachfrage geschlossen werden, aber neue, bessere werden gegründet werden. Es ist nicht jedermanns Sache, sich intensiv in eine Schulgemeinschaft einzubringen. Aber jenen Bürger\_innen, die dies versuchen wollen, sollte der Staat Vertrauen entgegenbringen und sich auf die Position eines Ermöglichers und

Kontrolleure zurückziehen. Er könnte einiges für das Bildungssystem gewinnen. Schulautonomie führt zu Qualität, Vielfalt, Bürger\_innenbeteiligung und Verantwortungsbewusstsein, zusätzlich entstehen Potenziale zu vermehrter Kosteneffizienz. Nicht nur durch schlanke Verwaltungsstrukturen, auch durch die Lukrierung von privaten Mitteln für das Bildungsbudget gewinnt der Staat mehr Spielraum.

Auch wenn die gleiche Kostenerstattung für jedes Kind, egal, an welcher Schule, fair und gerecht wäre, in der Praxis zeigt sich weltweit, dass de facto an Schulen in freier Träger\_innenschaft meist ein finanzieller Beitrag geleistet wird. Solange dieser sozial verträglich ist und Förderungen auch sozial benachteiligten Eltern ermöglichen, die Schule ihrer Kinder frei zu wählen, können freie Schulen ganz gut überleben, ohne wie bei der momentanen Miniförderung einen Großteil ihrer Ressourcen auf die Geldmittelaufreibung fürs Überleben vergeuden zu müssen. Übrigens würde ich mir wünschen, dass die auf diese Art eingesparten Mittel weiter im Bildungsbudget verbleiben und beispielsweise Schulen an sozialen Brennpunkten oder Sprachförderprogrammen zugutekommen.

### **Freie Schulen entstehen aus Interesse an Bildung**

Abschließend vielleicht noch etwas zum Begriff »Eliteschule«, als die freie Schulen oft bezeichnet werden. Oft werden Befürchtungen geäußert, eine Förderung von Privatschulen führte zur Bildung von »Eliteschulen« für Reiche. Abgesehen davon, dass Österreichs Bildungssystem schon jetzt eines der selektivsten und sozial ungerechtesten weltweit ist, wird Elitenbildung von Schulen in freier Träger\_innenschaft keinesfalls angestrebt. Trotz großer finanzieller Belastung kommen die Eltern an freien Schulen aus allen Bevölkerungsschichten, der einzige Unterschied mag vielleicht ein ausgeprägteres Interesse an Bildung für ihre Kinder sein. Im primären Bildungsbereich funktioniert ja jetzt schon ein buntes Nebeneinander von öffentlichen und privaten Anbieter\_innen problemlos, ohne dass von »Elitekindergärten« die Rede wäre. Einzig Schulführung als gewinnträchtige Handelsware sollte weiterhin ausgeschlossen sein, dafür könnte man als Förderkriterium eine Gemeinnützigkeitspflicht vorgeben.

Eltern an freien Schulen zahlen zurzeit doppelt für ihre freie Schulwahl: Einerseits über ihre Steuerleistung, andererseits hohes Schulgeld. Kaum jemand bestreitet, dass das Privatschulgesetz von 1962 an das 21. Jahrhundert angepasst werden muss. Unzählige politische Versprechungen habe ich als Elternsprecher in diese Richtung schon gehört. Trotzdem gehen die Förderungen real zurück, die Bürger\_inneninitiative »www.freieschulwahl.at« im Jahre 2011 mit über 21.000 Unterschriften verschwand spurlos in einem Unterausschuss des Nationalrates, so gut wie alle freien Schulen kämpfen ums Überleben.

Was mich trotzdem optimistisch macht, ist der Glaube, dass die Zeit für Schulreformen überreif ist. Allerdings nicht durch Reformen von oben, neue Schulversuche oder ein Hin- und Herschieben von Kompetenzen zwischen Bund und Ländern – dagegen ist das österreichische Schulsystem resistent.

Nur die Rückgabe von Freiheit und Verantwortlichkeit an die eigentlichen Akteur\_innen – die Schulgemeinschaft – kann einen positiven Schub erzeugen. Ausdrücklich wünsche ich mir diese echte Schulautonomie auch für alle staatlichen Schulen, und ich bin überzeugt, dass es nicht wenige sind, die diese Chance, Österreichs Talente aufblühen zu lassen, ergreifen würden. Vielleicht können wir in naher Zukunft, frei nach Galilei, vom österreichischen Bildungssystem sagen: Es bewegt sich doch!

**OFFENE SCHULEN** erweitern den Horizont. Eine aktive Schulgemeinschaft aus Lehrpersonen, Eltern und Schüler\_innen ermöglicht Erfahrungsaustausch über die Grenzen der Schule hinaus.

Austausch



# DAS BILDUNGSSYSTEM BRAUCHT BEWEGUNG



**FREIE SCHULEN** fördern Innovation und Demokratie. Durch Mitbestimmung lernen Schüler\_innen, Interessen abzuwägen und Verantwortung zu übernehmen.

**FREIE SCHULEN** werden ungleich behandelt. Konfessionelle Schulen werden fast zur Gänze subventioniert, nicht-konfessionelle Schulen nur zu einem Bruchteil.

